

# Sächsische Vorzeitung und Elbgauerpresse

Verlag: Elbgau-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

mit Loßwitzer Anzeiger

Dank-Konto: Stadtbank Dresden, Giro-Konto Blasewitz Nr. 656  
Post-Konto: Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loßwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rodwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Verlagsdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache, für den übrigen Inhalt Eugen Werner, beide in Dresden.

Redaktion und Expedition  
Blasewitz, Loßwitzer Str. 4  
87. Jahrgang

130

Montag, den 8. Juni

1295

## Die Stellung Deutschlands zur Entwaffnungsnote

### Langwierige Beratungen

Die Berliner Regierungsdirektoren machen sich sehr darauf aufmerksam, daß die Beantwortung der alliierten Note erst nach langwierigen Beratungen mit den ausländischen Botschaften erfolgen kann. Wie wir erfahren,

werden die deutschen Stellen nunmehr an die internationalisierte Militärstrafkommission herantreten, um mit ihr über die Abstellung einer Reihe von Bedenken des alliierten Memorandums zu verhandeln.

In erster Linie handelt es sich dabei um die künftige Organisation der deutschen Staatswehr, sowie um die Durchführung der notwendigen Umstellung in den industriellen Betrieben. Auch über die zu erlassenden Gesetze und Verordnungen hinsichtlich des Verbots der

Einstellung von Weisheitskräften in der Reichswehr

und der angehenden

militärischen Ausbildung von nationalen

Verbänden

wird noch eingehender verhandelt werden

müssen. In der Polizeifrage müssen die Vän-

derungen der Schubweise nicht Ende des Reiches

st. Man kann zur Zeit noch gar nicht voraus-

sehen, bis zu welchem Zeitpunkt die deutsche

Entwaffnungsnote überreicht werden kann.

Wie großer Wahrscheinlichkeit wird frühe-

stens Ende Juni mit der deutschen Antwort

zu rechnen sein.

Wenn neben den schwierigen technischen Vor-

arbeiten spielen auch die nebenher laufenden dip-

lomatischen Schritte, die nunmehr von

Teilschritt eingeleitet werden, eine sehr

große Rolle.

Reichskanzler Dr. Luther und Außenmini-

ster Dr. Stresemann haben seit der Veröffent-

lichung der alliierten Note mehrfach unter

Beitragung des Reichsministers Dr. Gehr-

ts und des Chefs der Presseleitung, General von

Seeckt, mit einander konferiert. Es kann fest-

gestellt werden, daß zwischen den beiden letzten

Staatsministern des Reichsministeriums und

dem Reichswehrministerium völlige Ueberein-

stimmung hinsichtlich der Beurteilung der all-

ierten Entwaffnungsnote besteht.

Von großer Bedeutung ist die Tatsache, daß

schon jetzt Vereinbarungen getroffen wor-

den sind, wonach der Reichsminister und

der Reichswehrminister gemeinsam die

Verantwortung dem deutschen Parlament

gegenüber für die nunmehr zu treffenden

Entscheidungen auf sich nehmen werden.

Damit Reichskanzler Dr. Luther in jeder Hin-

sicht gedeckt ist. Wenn von parlamentarischer

Seite darauf hinzuwirken wird, daß bei der

gegenwärtigen Zusammenkunft des Reichs-

ministeriums Meinungsverschiedenheiten aus-

tauschen könnten, so erscheinen derartige Ermahn-

ungen angesichts des Grades der gegenwärtigen

Situation nach Auffassung der Berliner

Regierungsstellen absolut abwegig.

Gewiß wird die Möglichkeit eintreten kön-

nen, daß die deutschnationalen Mitglieder

## Die Sitzung des Völkerbundesrates

### Eine wichtige Tagesordnung

Die am heutigen Montag beginnende 34. Sitzung des Völkerbundesrates, deren Tagesordnung recht umfangreich ist, wird vherricht durch die Begegnung der Außenminister Englands und Frankreichs, die bereits, wie an anderer Stelle gemeldet, Sonntag ihre Beratungen in Genf aufgenommen haben. Sowohl Chamberlain als auch Briand werden spätestens Donnerstag Genf wieder verlassen. Die Bedeutung der Aussprache beider Staatsminister, die die Begründer der Frage des Sicherheitspaktes sind, liegt außer Zweifel, wenn auch über das Ergebnis völliges Stillschweigen herrscht.

Im übrigen wird die kommende Woche außer der kurzen Abstimmung auch den Abschluß der internationalen Arbeiterkonferenz und voraussichtlich auch den der internationalen Konferenz über die Kontrolle des Wasserverkehrs bringen, da die Frage des chemischen Krieges kaum noch längere Beratungen erforderlich macht.

Von den zahlreichen Punkten der Tagesordnung der 34. Session beansprucht besonderes Interesse ein Gehör der österreichischen Regierung, daß vom Rat die beiden Wirtschaftsjahresrückstände (England) und (Frankreich) mit der Untersuchung der bedingten Wirtschaftslage Österreichs betraut werden. Man nimmt in österreichischen Kreisen an, daß diese Sachverständigen zur Erleichterung des österreichischen Handels mit den Nachbarländern Österreichs einen zweckmäßigen Ausbau ihrer Einfuhrbeschränkungen in vorzüglicher Form empfehlen werden. Bezüglich der Danziger Frage wird mit Spannung den Bericht des span-

ischen Ratmitgliedes Quiñones de Leon, der zugleich den Vorschlag in der heute beginnenden Ratssitzung führt, entgegenzusehen. Nach diesem Bericht sollen kritische Fragen zwischen Danzig und Polen nur noch in Ausnahmefällen vor den Rat gebracht werden und sonst direkt durch den Oberkommissar des Völkerbundes in Danzig endgültig geregelt werden. Schließlich ist als dritter wichtiger Gegenstand die Frage des Entwaffnungs-Kontrollpaktes des Völkerbundes in Deutschland, Desterreich, Ungarn und Bulgarien und der besonderen Kontrolle des armierten Rheinlandes zu verzeichnen. Ob hinsichtlich dieser beiden Punkte, die seit einem Jahr den Rat beschäftigen, weitere Entschlüsse gefaßt werden, hängt ausschließlich von dem Ergebnis der Besprechungen Chamberlains und Briands über den Sicherheitspakt ab.

Die Absprache zwischen Briand und Chamberlain

Ueber die sehr lange Aussprache zwischen Briand und Chamberlain über den Sicherheitspakt wird von den beiden Staatsministern das größte Stillschweigen beobachtet. Dadurch ist natürlich das Interesse unter den Vertretern der internationalen Presse außerordentlich gesteigert. Es befaßt sich der Eindruck, daß Briand und Chamberlain in einem greifbaren Ergebnis gelangen wollen, jedoch müssen alle Nachrichten, die schon von einem Ergebnis sprechen, als verfrüht betrachtet werden.

Flottenabrüstung und Giftgas

Das Bekanntwerden der Tatsache, daß Präsident Coolidge bereit ist, eine Konferenz einzuberufen zur Aufstellung eines Protokolls, das den internationalen Handel mit Giftgasen verbieten soll, eröffnet wieder die Erörterung über den Plan des Präsidenten, eine zweite Flottenabrüstungskonferenz einzuberufen. In hohen amtlichen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß beide Konferenzen gleichzeitig abgehalten werden würden. Es wird noch hinzugefügt, daß Coolidge darüber im Zweifel ist, ob die Nationen, die an der Genfer Konferenz teilnahmen, gewillt sein würden, Delegierte nach Washington zu entsenden, um nur die Frage des Verbotes des Gebrauches von Giftgasen zu erörtern. In diesem Zusammenhang wurde der Vorschlag gemacht, daß die Frage der Verwendung der Gase auf die Tagesordnung der geplanten Abrüstungskonferenz gesetzt werden soll.

Eine verdiente Abberufung

Der österreichische Gesandte Cichot ist endlich von seinem Posten abberufen worden. Er leistete in Paris gegen den Anschlußgedanken noch größeren Widerstand als die französische Regierung selbst und führte einen ständigen Kampf gegen alles, was deutsch heißt. Nach dem Scheitern der Wirtschaftshilfe des Völkerbundes für Desterreich war seine Abberufung als eine Selbstverständlichkeit zu erwarten.

Tagung des Jungdo

In Leipzig veranstaltete der Jungdeutsche Orden am 6. und 7. Juni eine patriotische Kundgebung, zu der sich etwa 25 000 Angehörige aus Mitteldeutschland, Brandenburg, Rheinland, Westfalen usw. eingefunden hatten. Zu einem Bekenntnis deutschen Denkens und deutschen Fühlens gestaltete sich insbesondere der Weisheit im Völkergeschichtedenkmal. Die Feier ist ohne jede Störung verlaufen.

Ein ehrlicher Versuch, die Forderungen der Alliierten auszuführen, so schwer sie auch seien, werde sich für Deutschland hundertfach bezahlt machen.

Auch das Blatt „Lloyd Georges Daily Chronicle“ weist, daß Deutschland die alliierten Forderungen bald gründlich erfüllen werde. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ bezeichnet die alliierte Note als einen Kompromiß und betont, daß mit der Durchführung der deutschen Versuche als erste Friedensbedingung die Franzosen ihren Willen durchzusetzen hätten, da man auf britischer Seite der Ansicht sei,

daß Deutschland unfähig sei, seine Nachbarn anzugreifen und dies noch auf Jahre hinand sein werde.

Dennoch stimmt der Berichterstatter größtenteils den Hauptforderungen der Note zu.

## Jubiläum des Königs von Italien

Italien feierte gestern das 25jährige Regierungsjubiläum des Königs Vittorio Emanuele. Noch bis Sonnabend abend wurde an der feierlichen Audienz der Stadt Rom lebhaft gearbeitet und Sonntag prangten alle Straßen im Schmuck unzähliger Fahnen und Girlanden und Plakate, durch die die Bedeutung des Tages zum Ausdruck gebracht wurden. Das feierliche Bild wurde lebhaft durch die unzähligen aus allen Teilen des Landes eingetroffenen Abordnungen der Provinzial- und Kommunalbehörden, der politischen und wirtschaftlichen Vereinigungen, aller Berufe und Stände, denen sich noch viele tausende Bürger angeschlossen haben, um an der Feier teilnehmen zu können.

Schon vom frühen Morgen an begann sich das Stadion zu füllen, wo eine Ernteparade den Auftakt zur Feier des Regierungsjubiläums geben sollte. Als der König und die Königin, der Kronprinz und die übrigen Mitglieder des königlichen Hauses eintrafen, wurden sie von dem Volke mit unbeschreiblichem Jubel begrüßt. Der König und die Königin, in deren Gefolge sich u. a. der Herzog von Aosta, Ministerpräsident Mussolini mit allen Ministern seines Kabinetts, die Marschälle Cadorna und Tia, der Generalstabchef der Armee Badoglio und der Chef des Generalstabs der Marine Thaon di Revel befanden, nahmen eldahn die Parade ab. Als der König und die Königin das Stadion verließen, wurden sie erneut von der Menge begrüßt, und der Jubel der Menge erneuerte sich, als Mussolini, Cadorna und Tia vorbeifuhren.

Nach der Rückkehr in den Quirinal empfingen der König und die Königin nacheinander die Mitglieder der Regierung und die Abordneten der Volksovertreter. Der Präsident des Senats Tittoni verlas bei dieser Gelegenheit die Ehrenheftadresse des Senats, und der Kammerpräsident Casarini gab darauf die, wie bereits bemerkt, gestern von der Kammer angenommene Tagesordnung bekannt. Der König, der die Ehrenheftadresse mit Dank annahm, zog darauf den Ministerpräsidenten, die Kabinettsmitglieder und viele der Senatoren und Abgeordneten in ein Gespräch.

## Die Personalabbaunovelle

Die neue Novelle zur Personal-Abbau-Verordnung sieht folgende wesentliche Verbesserungen vor:

1. Gänzliche Aufhebung der für die Beamten und Angestellten geltenden Abbaubestimmungen.

2. Völlige Beseitigung der Pensionsfürsorgevorschriften.

3. Gewährung von Abfindungssummen an verheiratete weibliche Beamte, die aus dem Beamtenverhältnis ausscheiden.

4. Einschränkung der Mindestwartezeitgrenze und des Höchstbetrages des Wartegeldes.

5. Einschränkung der Einstellungssperre; besondere Berücksichtigung der Versorgungsanwärter und Schwerriegsbeschädigten bei Einstellung von Beamten.

6. Gewährung von Witwen- und Waisengeld an die Hinterbliebenen eines verstorbenen Ruhegehaltsempfängers, der sich erst nach der Pensionierung verheiratet hat.

7. Gewährung einer Witwenbeihilfe an schuldlos geschiedene Ehefrauen verstorbenen Beamter oder Ruhegehaltsempfänger.

8. Gewährung einer Witwenbeihilfe an werverheiratete und wengelberechtigte Witwen im Todesfall des zweiten Ehemannes.

Da diese Maßnahmen nicht ohne Einfluß auf die Rechte der Länder- und Gemeindebeamten bleiben werden, war eine vorherige Beteiligung des Reichsrates geboten, um so eine gleichmäßige Behandlung der Reichsbeamten mit den Länder- und Gemeindebeamten zu erzielen.